

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Preis pro Exemplar 2 Pf. / Durch unsere Abonnenten werden monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1.00 Mk., halbjährlich 2.00 Mk., jährlich 4.00 Mk. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Buchhändler und Geschäftsstellen nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen der Verteilung der Zeitungen, der Lieferanten oder der Verteilungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitungen oder auf Rückerstattung des Bezahletes. / Ferner hat der Abonnent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschriebenen Umständen oder nicht erscheint. / Einzelverkaufpreis der Nummer 10 Pf. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle, Anonyme Zuschriften werden nicht beantwortet. / Drucker: Bertram; Berlin O.B. 48.

Interimsgeld. Die für die vorerwähnte Ausgabe über den Raum, Laubzeit, Pf. / Nennen die, alle mit 7. / Feierngeheimnis, Strauch und laublicher Zeit mit 50. / Aufhänger. Bei Wiederholung und Jahresumständen entsprechender Nachh. Bestimmungen im amtlichen Teil (nur von Zeitungen) die Ausgabe 60 Pf. 10. / Die / Nachweilung und Offiziengeld 20 des. 30 Pf. / Telegraphische Interimsgeldgabe liefert jedes Restamationsrecht auf. / Anzeigennahme bis 11 Uhr vormittags. / Zeitungsgebühren des Tages 6 Pf. / In die Postanstalt. / Für das Annehmen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr gefordert. / Strafe für den Inhalt 25. / Aufhänger ohne Aufhänger. / Die Aufhänger und Aufhänger haben nur bei Benutzung binnen 30 Tagen Gültigkeit; späteres Ziel, gerichtliche Entscheidung, gemeinsame Anzeigen behält. / Informaten bedingen die Berechnung des Zeitungspreises. / Wenn nicht oben früher ausdrücklich oder schriftlich als Erfüllung des Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Zeitung, falls nicht der Empfänger innerhalb 5 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

für die Amishauptmannschaft Weitzen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Nr. 29614.

Nr. 27. Sonntag den 2. Februar 1919. 78. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich in der Beilage.

Regierungstruppen nach Bremen.

Was heißt Sozialismus?

II. Eine Erwiderung.

Nachdem sich vor kurzem ein unabhängiger Sozialist hier über die obige Frage geäußert hat, geben wir heute einem seiner Gegner — dem sozialistischen Hauptmitarbeiter eines führenden konservativen Blattes — das Wort.

Wann man die Frage was Sozialismus sei, erörtern, so heißt es zunächst die Grenzen abstecken. Dem Leser wirbelt es förmlich im Kopfe von Sozialismus, Sozialisierung, Kommunismus, Verstaatlichung und Vergesellschaftung, alles Worte, für die ihm die Begriffe fehlen. Er ist nur zu sehr geneigt, alles in einem Topf zu werfen. Tatsächlich aber besteht ein nicht unbedeutender Unterschied in den Forderungen und wie die Gruppenbildung in der früher einheitslichen Sozialdemokratie zeigt, ist man sich in ihren Reihen durchaus nicht einig über das Ziel. Da das politische Moment hier aber nach Möglichkeit ausgeschaltet werden soll — es hat auch für diese Betrachtungen nicht den geringsten Wert — so erübrigt es sich, die Unterschiede in den Bestrebungen der einzelnen Gruppen zu kennzeichnen, was auch schwer wäre, weil sie bisher niemals klar hervorgehoben sind. Nur soviel muß aber bemerkt werden, daß die Mehrheitssozialisten, die gegenwärtig die politische Macht in Händen haben, wegen ihrer mehrfachen Klar zum Ausdruck gebrachten Ansicht, daß für die große Vergesellschaftung unsere Zeit noch nicht reif ist, das Mißfallen der Gruppen erregt haben, die sofortige Sozialisierung verlangen. Auf die Frage, was er unter "Sozialisierung" versteht, hat ein führender Sozialdemokrat einst eine Darstellung gegeben. Wenn nun von einem Gegner darauf geantwortet wird, so entsteht hierbei die oben gekennzeichnete Schwierigkeit, weshalb es durchaus erwünscht erscheint, daß der Sozialdemokrat einmal seine Grenzen absteckt. Vor allem muß klar zum Ausdruck gebracht werden, ob die Verstaatlichung oder die Vergesellschaftung von ihm gemeint wird. Sozialismus haben wir bereits in Hülle und Fülle getrieben durch Arbeiterkassengesetze und soziale Versicherung. Der bekannte sozialdemokratische Führer Eduard Bernstein ist aber der Ansicht, daß in diesem Sozialismus, der weiter ausgebaut werden soll, hundertmal mehr Nutzen für die Arbeiterklasse steht als in übertriebener Verstaatlichung, geschweige denn Vergesellschaftung. Dieser Ansicht pflichte ich durchaus bei. Gegen diesen Sozialismus, der auf politischem Wege oder im wirtschaftlichen Kampfe zu erreichen ist, läßt sich vom kapitalistischen Standpunkte nur so viel einwenden, daß er nicht weitergehen darf, als es der Wettbewerb — im Innern gegen das Ausland — zuläßt. Mit diesem Sozialismus hat die Forderung nach Vergesellschaftung aber nichts zu tun und ob er bei einer Verstaatlichung besondere Förderung erhält, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Fleiß der Bevölkerung und der Ausnützung aller technischen Fortschritte ab.

Neid ausgelebt sind, ebenso werden sie es auch künftig sein. Nun aber, wenn diese Begabten ihre höheren Einkommen, die sie doch erhalten sollen, nicht voll verbrodhen, dann müßten sie doch einen Überschuß haben und damit zur Kapitalanammlung verführt werden. Für das Kapital kommt aber nur der Staat als Aufbewahrer in Frage, da eine andere Verwertung in einem vergesellschafteten Staate unmöglich wäre.

Damit sind wir wieder zum Kapital gekommen, ohne das es eben nicht gehen wird, wenn der Staat nicht in eine schwierige Lage geraten will, die er allenfalls vermeiden kann durch Abschaffung des Geldes, aber auch die Umlenkungen auf die Bezüge von Waren (Lebensmittel, Kleidung), Überlassen einer Wohnung, Besuch von Vergnügungsorten, werden immer wieder zu Kaufobjekten werden müssen, nur daß dann der ganze wirtschaftliche Verkehr auf das Bedenklichste erschwert werden würde.

Einen ganz gewaltigen Abbruch macht der Sozialdemokrat, der die Sozialisierung geschildert hat, aber hinsichtlich der Glückseligkeit und Zufriedenheit. Das ist aber das Wesentliche, das bisher immer behauptet wurde, der Sozialismus (worunter man nach den Ausführungen die "Sozialisierung" verstehen muß) werde die Menschheit zur glücklichsten machen. (Der sozialdemokratische Minister Gaentz hat es noch jüngst in einer Versammlung ausgesprochen.) In welcher Weise das möglich gemacht werden soll, wenn es nicht an Männen und Eiferlüchteleien — natürlich um die beste Futtertröge — feiter wird, das ist eben das große sozialistische Geheimnis.

Der Sozialismus, worunter hier — immer wieder sei es betont — die Sozialisierung verstanden sein will, gleicht dem verklärten Bild von Sais. Noch niemand hat diesen Schleier gelüftet. Einen Versuch dazu hat August Bebel in seinem Buche "Die Frau und der Sozialismus" gemacht. Es liest sich, wenn man von dem vielen Tatsachenmaterial, das er über die Mängel unseres heutigen Wirtschaftslebens zusammengetragen hat, absteht, wie ein Roman aus Lausend und eine Nacht. Er schildert das Schlaraffenland in einem sozialistischen Staatswesen, was vor der nächstern Wirklichkeit nicht standhalten würde, wenn man von ihm hört, daß in diesem Staatswesen die größte Rolle die — Statistik spielen wird.

Auch Bebel hat nicht den Versuch gemacht, einmal den Organismus, um nichtern zu sprechen, den Geschäftsgang, wie sich der "Betrieb" gestaltet, darzustellen. Es würde sich dann wohl zeigen, daß das heutige Kriegswirtschaftliche Kartell- und Besatzungs-System unbedingt die Grundlage bilden muß. Es wäre jedenfalls von der Wichtigkeit, über diese praktische Seite der Sozialisierung etwas zu vernehmen. Von der "freien Theorie" haben wir nun genug erfahren. Daß wir nach dem Kriegswirtschaftselend nun unbedenken mit beiden Füßen in einen sozialisierten Staat springen sollen, wird man dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit nicht gut zumuten können.

Bremen, 31. Jan. Die Situation in Bremen steht auf dem Messer der Schneide und es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Stunden entwickeln werden. Nach dem Bekanntwerden der Nachricht vom Vormarsch der Regierungstruppen erfolgte die Bewaffnung der gesamten Arbeiterklasse. Alle Lastkraftwagen wurden requiriert und brachten Maschinen- und Gewehre nach den Vorstädten, die von Arbeitertruppen besetzt wurden. Auch die Straßenbahn wurde für derartige Transporte herangezogen.

Um 1/2 Uhr nachts sind vier Mitglieder des Bremer Rates der Volksbeauftragten in Verden eingetroffen und eruchten den Divisionsstab des Korps Gerstenberg um Einstellung des Vormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand auf sofortiger Entwaffnung der Arbeiter und erklärte, daß er in keine Verwicklung in dieser Angelegenheit einwilligen könne. Von Seiten der Volksbeauftragten wurde ihm erwidert, daß diese Maßnahmen nicht durchführbar seien. Daraufhin wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis zur Stunde hat es den Anschein, als ob die Bremer Arbeiter es bis zum Ankeriten werden kommen lassen.

Polnische Justiz!

Freilassung von Rüdern. Posen, 31. Januar.

Die polnischen Soldaten, die den Rittersgutbesitzer Gaja nebst sechs Leidenesgenossen erzwungen, wurden vom polnischen Kriegsgericht freigesprochen.

Ferner haben die Polen neuerdings sieben hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt. Bürgermeister Küster, Stadtverordneter Morzel, Dr. Kantorowicz, der Präsident der Anhebungscommission Gank, Mittelschullehrer Rodwiecki, Dr. W. Gutmann und Leutnant Radrinski. Die Verhaftung wird als Vergeltungsmaßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Gajpla in Dentsen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon die Festsetzung des Landeshauptmanns v. Döpping in Polen vorgenommen.

Gedungene russische Mörder.

Wie die Volkswesten arbeiten. Berlin, 31. Januar.

Wie der Vorwärts zu berichten weiß, soll zwischen den Spartakisten Berlins und Rußlands nach polizeilichen Mitteilungen auf verschiedenen Strecken ein reger Verkehr stattfinden. Es ist durch einwandfreie Vertrauensleute festgestellt worden, daß aus Kowno im Auftrage russischer Volkswesten drei Personen unterwegs sind, um Telegraphenämter im Dienst zu sabotieren und führende Männer, die ihnen unbedenklich sind, zu ermorden. Diese drei Personen führen angeblich 2 Millionen bei sich und wollen zu Fuß über per Wagen die Grenze passieren. Die Angaben finden ihre Bestätigung darin, daß ein Wieselweber Schneider, der 1914 in Gefangenschaft geraten war, und ein Student, Salkin, die in enger Verbindung mit den oben Genannten standen, in Kowno, aus Rußland kommend, verhaftet wurden; sie haben bereits gestanden, daß sie den Kommandanten und Leiter der politischen Polizei von Kowno ermorden wollten.

Die Verwendung der Offiziere.

Ausbildung mit allem Nachdruck.

Der Kriegsminister Reinhard und Unterstaatssekretär Göhre befaßen sich in einem Erlaß mit der Verwendung der Offiziere. Besondere Umstände, so heißt es darin, legen an zahlreichen Stellen des Heeres die Tätigkeit der Offiziere lahm.

Diese Verhältnisse bergen schwere Gefahren. Die Zeiten sind viel zu ernst, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere ihrer Dienststelle oder wenn sie nach Auslösung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Friedensstelle noch nicht kennen, ihren früheren Friedens-Generalkommando-Bohnort und gegebenenfalls Urlaubsdauer zu melden. Diese Dienststellen für den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder befristet zu sein. Bis 20. Februar 1919 keine Befristung erhalten hat, kehrt zu seiner jetzt zuständigen Dienststelle zurück.

Jeder dienstfreie Offizier hat seine Kriegserfahrung in einem gründlichen Bericht niederzulegen und diesen dem Generalstabe des Feldheeres einzusenden. Die Generalkommandos haben sich mit allen Mitteln über die über den Bestand an Offizieren ihrer Formationen und Truppen

Sozialisierung.

die, wie der Sozialdemokrat sagt, für ihn Vergesellschaftung bedeutet und wodurch alle Produktionsmittel, d. h. jene Einrichtungen, Liegenschaften und Kapitalien, deren der Mensch zur Arbeit, zur Güter- und Warenherzeugung bedarf, vergesellschaftet werden sollen. Die Betriebe sollen von Gemeinden, Provinzen oder Staaten übernommen werden. Gemach, da steht die erste Frage: Verstaatlichung oder Vergesellschaftung? Damit, daß die Übergabe der Betriebe in das Eigentum der jeweilig dort beschäftigten Arbeiter von dem Sozialdemokraten abgelehnt wird, läuft diese Vergesellschaftung doch auf eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Betriebe hinaus. Was der Staat zu betreiben hat, ist ein Staatsbetrieb. Er soll ja auch den Ausgleich zwischen den Bezügen der in den einzelnen Betrieben Tätigen vornehmen. Ein Staatsbetrieb wird aber immer nur auf kapitalistischer Grundlage betrieben werden.

Mit dieser Verstaatlichung einzelner Betriebe wird man auch einverstanden sein können, ob aber der Arbeiter, der dann doch nicht immer den gesamten Ertrag aus seinem Betriebe erhält, sondern einen monatlich vielleicht erheblichen Teil an den "Mutter Staat" abgeben muß zugunsten der anderen Arbeiter, in deren Betrieben man schlechter wirtschaftet, das mag der Verantwortung des Sozialdemokraten überlassen bleiben. Einen gerechten Ausgleich zu schaffen, wird schwer halten. Zunächst wird die Schwierigkeit in der Bewertung der Arbeit der besonders Befähigten sehr groß sein und bald zu schwereren Bemühen in der Gesellschaft führen als heute. Ebenso wie heute die Begabten, die eine weit angelegere Stellung und eine bessere Lebensweise führen können, dem

Biegen oder brechen!

Roske über die Expedition nach Bremen. Berlin, 31. Januar.

Zu der von Roske verfügten Entsendung von Truppen erklärt dieser, daß diese Expedition dringend nötig geworden sei, weil von Bremen aus sofort die ersten Schiffe auslaufen sollen, um Lebensmittel für Deutschland zu holen. Bei der absoluten Unsicherheit der Verhältnisse in Bremen sei das Auslaufen aber erstlich in Frage gestellt. Um das zu sichern, sagt Roske weiter, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gesetzt worden. Das geschah selbstverständlich nicht aus reiner Neigung, in die innerpolitischen Kämpfe mit Waffengewalt einzugreifen. Fügt sich die Widerheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in dem Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vonstatten gehen. Von den Regierungstruppen, die in Bremen einmarschieren, wird gewiß kein Schuß abgegeben werden, wenn nicht von den Bremer Spartakisten oder Unabhängigen zuerst gefeuert wird. Dafür bietet schon die Tatsache Bürgschaft, daß auch die Bremer Aktion unter meinem Oberbefehl von statten geht. Nur für den Fall, daß die Widerheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuerhalten sucht, gewalttätigen Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rücksichtsloser Entschlossenheit.

Der Vormarsch der Truppen.

Nach allen bis jetzt vorliegenden Nachrichten scheinen sich die Verhältnisse in Bremen beträchtlich zuzuspitzen. Ingesamt hat die Reichsregierung zwei kriegsarbeitslose Infanterie-Brigaden mit zahlreicher Artillerie, Maschinengewehren und Minenwerfern von Verden aus in Bewegung gesetzt.